

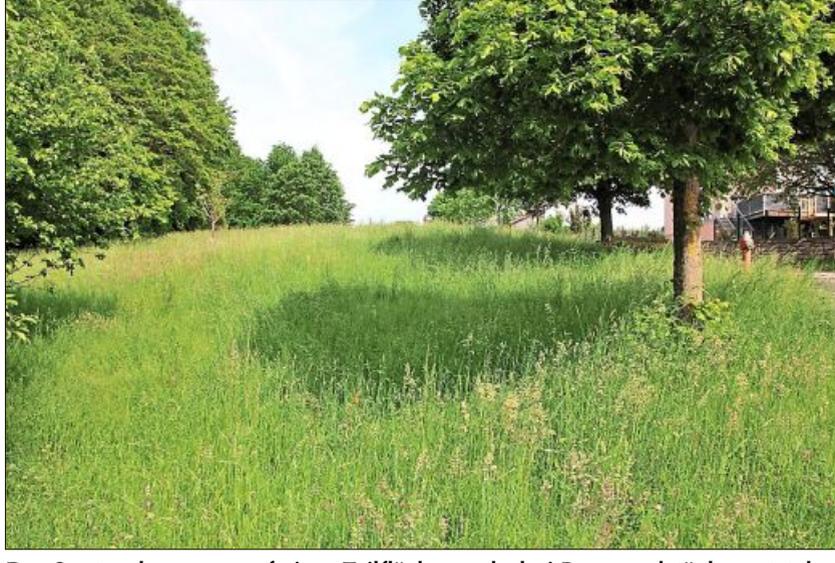
Rüge für zwei Gemeinderäte

Bürgermeister Pröbst sieht „großen Vertrauensbruch“ und will Gespräche führen

Wartenberg. (bs) Für zwei Markträte der Grünen, Martina Scheyhing und Dominik Rutz, gab es am Mittwoch in der Marktratssitzung eine Rüge des Bürgermeisters Christian Pröbst. Wörtlich sagte Pröbst: „Ich und die Verwaltung fordern euch heute auf, das gewählte Mandat dementsprechend zu vertreten, die Bürger zu unterstützen und nicht einfach auflaufen zu lassen.“

Was war passiert? Vor der letzten Bauausschusssitzung wurde an die Gemeinde eine Vielzahl von Mails wegen der angedachten Baufeld-Ausweitung im Baugebiet Bründlhof gesendet (wir berichteten). In diesen E-Mails, so der Bürgermeister, und auch in der von Anwohnern initiierten Petition (liegt auch der Heimatzeitung vor) wurden gegen die Bebauungserweiterung viele falsche Argumente ins Feld geführt. Diese falschen Argumente teilte Pröbst dann noch vor der BUV-Sitzung den Anwohnern mit. Diese passten dann auch umgehend ihre Petition an.

Doch die Verwaltung hatte festgestellt, dass in der ersten Variante der Petition auch zwei Markträte der Grünen unterschrieben hatten, obwohl den Räten im Ratsinfosystem, die dann in der Sitzung erstmals öffentlich vorgestellten Pläne zur Verfügung standen. Auch wurden von den betroffenen Räten keine Fragen zur Klärung an die Verwaltung oder Bürgermeister gestellt. Bürgermeister Pröbst: „Diese so blindlings unterschriebene Petition und damit verbundene Stellung gegen die eigene Verwaltung und den Bürgermeister stellt sich für



Der Spatenberg, wo auf einer Teilfläche noch drei Baugrundstücke entstehen sollen, ist der Zankapfel und Grund für die Rüge.

Foto: Bernd Spanier

mich als großer Vertrauensbruch dar.“

Die Markträte sollten das Bindeglied in das Rathaus sein und nicht der Keil, der die Gemeinschaft entzweit. Isabell Haindl (CSU) teilte hierzu mit, dass Gespräche mit Unterstützern der Petition zeigten, dass teilweise einige unterschrieben hatten, weil sie dachten: „Wenn Markträte mit unterschreiben, dann ist dies auch der Stand der Dinge.“ Sie halte dies für eine schlechte Außenwirkung. Jeder dürfe zwar eine eigene Meinung haben, aber hier wären Aufklärung und Information angebracht gewesen; dies sei unglücklich gelaufen.

Eduard Ertl (Neue Mitte): „Die Gemeinderäte sind Teil der Entscheidungsträger und machten sich offensichtlich nicht bewusst, welches Amt sie bekleiden.“ Das wollte

die so gescholtene Martina Scheyhing so nicht stehen lassen. Sie sagte, wo sie unterschreibe, sei ihre Sache, und sie wisse sehr wohl, was sie tue. Hier sei es um den Bauausschuss gegangen, in dem sie nicht Mitglied sei, und sie verwahre sich auch in diesem Zusammenhang die Wortwahl des Bürgermeisters, dass sie sich noch warm anziehen müsse.

Hier erfolgte dann aber auch der Hinweis, dass Entscheidungen des Bauausschusses sehr wohl auch noch im Marktrat behandelt werden können, wo Scheyhing ja sitze.

Dominik Rutz versuchte, das Ganze etwas zu entschärfen. So habe er sich sehr wohl mit den Anwohnern getroffen, diese aber auf einige Fehler in der Petition hingewiesen. Seine Unterschrift stelle nur klar, dass er die Grundaussage für richtig halte. Er habe nur seine

Meinung wiedergeben wollen, und das habe nichts mit Vertrauensbruch zu tun. Es sei nicht seine Absicht gewesen, den Bürgermeister hier nicht mit ins Boot zu holen. Der Prozess sei von allen Beteiligten ungünstig gelaufen.

Bernd Scheumaier (CSU) stellte dann fest, dass zwischenzeitlich wieder Sachlichkeit eingekehrt sei und bat die Markträte für mehr Klärung im Vorfeld. Josef Sedlmair (CSU) betonte noch, dass er lange vor Ort mit den Bürgern gesprochen und festgestellt hatte, dass diese viel Nachholbedarf beim Wissen und dem Fortschritt hätten. So hätten auch viele derer die Petition unterschrieben, die oft nur einen kleinen Teil darin für sich selbst wichtig erachtet. Er stellte den Antrag, das Thema im Marktrat noch einmal zu behandeln.

Bürgermeister Pröbst wird nun in der kommenden Woche nochmals das Gespräch mit Anwohnern führen, und im Juli soll eine neue Behandlung im Marktrat erfolgen. Der Bürgermeister betonte zudem, dass man sich hier an das Verfahren halte und die Bürger dabei ja ihre Stellungnahmen abgeben könnten. Bürger im Vorfeld zu informieren, sei zudem problematisch, da dann gerne der Vorwurf komme, dass zuerst die Markträte informiert werden müssten. Das Schlusswort setzte Eduard Ertl: „Allen recht getan ist ein Ding, das niemand kann.“ Hier gehe es um die Allgemeinheit, der der Marktrat verpflichtet sei, und darum, den Wartenberger Bürgern die Möglichkeit zu bieten ein Haus zu bauen. Rutz fügte an, Transparenz und Gemeinwohl seien auch sein Wunsch.